



alliance**sud**

Arbeitsgemeinschaft
Swissaid · Fastenopfer · Brot für alle
Helvetas · Caritas · Heks

Jahresbericht
Rapport annuel
2020

ZUSAMMENSETZUNG DES VORSTANDES

Bernd Nilles

Geschäftsleiter Fastenopfer (Präsident)

Markus Allemann

Geschäftsleiter Swissaid (Vizepräsident)

Peter Merz

Direktor Heks

Melchior Lengsfeld

Geschäftsleiter Helvetas

Bernard DuPasquier

Geschäftsleiter Brot für alle

Hugo Fasel

Direktor Caritas Schweiz (bis 31.12.2020)

Peter Marbet

Direktor Caritas Schweiz (ab 1.1.2021)

ZUSAMMENSETZUNG DER GESCHÄFTSLEITUNG

Mark Herkenrath

Geschäftsleiter und Bereichsleitung
Advocacy und Lobbying

Isolda Agazzi

Leitung Regionalbüro Romandie

Lavinia Sommaruga

Leitung Regionalbüro
italienischsprachige Schweiz

Pierre Flatt

Bereichsleitung InfoDoc

Kathrin Spichiger

Personalverantwortung

GESCHÄFTSSTELLE

Mark Herkenrath

Geschäftsleiter

Kathrin Spichiger

Assistentin des Geschäftsleiters

Matthias Wüthrich

Sekretariat

ADVOCACY UND LOBBYING

Isolda Agazzi

Handels- und Investitionsschutzpolitik

Mireille Clavien

Sekretariat Regionalbüro Lausanne

Marco Fähndrich

Medien und Kommunikation (ab 1.10.2020)

Dominik Gross

Internationale Finanz- und Steuerpolitik

Daniel Hitzig

Medien und Kommunikation (bis 31.1.2021)

Kristina Lanz

Politik der Entwicklungszusammenarbeit

Laurent Matile

Wirtschaft und Menschenrechte

Lavinia Sommaruga

alle Themen; Regionalbüro Lugano

Jürg Staudenmann

Umwelt- und Klimapolitik

INFODOC

Bern

Alina Burri (ab 1.12.2020)

Simone Decorvet (bis 31.10.2020)

Petra Schrackmann

Jérémie Urwyler

Joëlle Valterio

Lausanne

Pierre Flatt, Bereichsleitung

Ermeline Jaggi (ab 1.2.2020)

Amélie Vallotton Preisig

Nicht selbstverständlich...

Das Jahr 2020 wird uns noch lange in Erinnerung bleiben. Die Covid-19-Pandemie nahm die Welt in ihren Würgegriff. Sie hat uns vor Augen geführt, wie fragil sogar im globalen Norden die gewohnten Lebensverhältnisse sind. Soziale und politische Errungenschaften, die wir in den «hochentwickelten» Ländern längst für selbstverständlich hielten, sind ins Wanken geraten. Von der Gesundheit über den Wohlstand bis zur Bewegungsfreiheit ist Vieles in Frage gestellt.

In den Ländern des globalen Südens galten diese Selbstverständlichkeiten auch vor der Pandemie nicht. Schon zuvor waren prekäre Verhältnisse dort für die meisten Menschen der Normalzustand. Die Pandemie hat aber bestehende Probleme weiter verschärft. Zu den gesundheitspolitischen Herausforderungen kommen ein Anstieg der Armut und sozialen Ungleichheit, weltwirtschaftlich bedingte Einbrüche bei den ausländischen Investitionen und im Export, zunehmende Repression und steigende Arbeitslosigkeit hinzu. Die betroffenen Staaten haben sich weiter verschulden müssen, um die nötigen Massnahmen gegen die Pandemie und ihre Folgen finanzieren zu können. Nun stehen viele von ihnen am Rande des Bankrotts.

Die Schweiz wird die neuen Schulden, die sie in der Pandemie eingegangen ist, wirtschaftlich deutlich besser verkraften können. Trotzdem ist in Bundesbern bereits wieder von einem massiven langfristigen Sparprogramm die Rede. Die Gefahr besteht, dass wie beim Sparpaket nach der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise von 2009 einmal mehr auf Kosten der Entwicklungszusammenarbeit gespart werden soll.

In der Schweiz wird das Jahr 2020 aber nicht nur wegen Covid-19 als denkwürdiges Datum in die Geschichte eingehen, sondern auch dank der Konzernverantwortungsinitiative. Mit ihrer beispiellosen Abstimmungskampagne setzte eine breite Koalition aus über hundert Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Kirchen, Wirtschaftsvertreter/innen und unzähligen Freiwilligen neue

politische Massstäbe. Am Schluss verpasste die Initiative zwar das Ständemehr, doch in der Bevölkerung hat sie mit 50,7 % Ja-Stimmen obsiegt. Damit wurde die bislang selbstverständliche politische Deutungshoheit der mächtigen Wirtschaftsverbände in Frage gestellt.

Die politische Reaktion hat allerdings nicht lange auf sich warten lassen. Ende Jahr beschloss das Aussendepartement unter Bundesrat Cassis, Bildungs- und Sensibilisierungsarbeit in der Schweiz von den bisherigen Bundesbeiträgen an NGOs auszuschliessen – mit dem höchst faden-scheinigen Argument, diese Arbeit lasse sich nicht von politischen Kampagnen abgrenzen. Diverse hängige parlamentarische Vorstösse gehen noch einen Schritt weiter: Sie wollen NGOs, die sich politisch engagieren, jegliche Bundesmittel oder die Steuerbefreiung für gemeinnützige Tätigkeiten entziehen.

Nur: Zum Einsatz für eine bessere Welt gehört auch das entsprechende politische Engagement. Eine sozial, ökologisch und wirtschaftlich nachhaltige globale Entwicklung verlangt von den reichen Ländern des Nordens neben wirkungsvoller Entwicklungszusammenarbeit auch eine entwicklungsfördernde Aussenwirtschafts- und Klimapolitik und besondere Rücksicht auf die Interessen der Menschen in ärmeren Ländern. Diese entwicklungspolitisch zentrale Erkenntnis ist auch die Grundlage der Arbeit von Alliance Sud.



Mark Herkenrath
Geschäftsführer
Alliance Sud

24 janvier

Accord avec le Mercosur :

Prendre les droits humains au sérieux

Lors du lancement des négociations de l'accord de libre-échange avec le Mercosur, Alliance Sud a demandé au Conseil fédéral d'effectuer une étude d'impact ex ante sur les droits humains – ce qu'il n'a pas fait, prétextant que les données manquent. Ce alors même qu'il avait accepté un postulat de la Commission de gestion du Conseil national lui demandant d'élaborer une méthodologie.

Alliance Sud a donc confié à une consultante la réalisation d'une proto-étude d'impact qui peut servir de modèle. Une large consultation des ONG sur le terrain a été menée. Elle a conduit à donner la priorité aux droits humains suivants :

(1) Les dispositions relatives à la propriété intellectuelle affectant le droit à la santé. Le renforcement des droits de propriété intellectuelle habituellement demandé par la Suisse dans les accords de libre-échange fait augmenter le prix des médicaments génériques et en retarde la commercialisation. Les pays du Mercosur y sont en principe opposés car cela menace le droit à la santé – en Argentine 70 % des médicaments sur le marché sont des génériques. (2) Les dispositions relatives au commerce agricole affectant les droits des peuples autochtones. La déforestation induite par l'expansion de l'agro-business se fait souvent au détriment des terres des peuples autochtones, qui ne sont même pas consultés. (3) Les droits des femmes. L'impact des libéralisations commerciales sur les droits des femmes n'est pas univoque. Il dépend des secteurs et des pays, mais il risque de créer une pression sur les secteurs les moins compétitifs, qui sont souvent occupés par les femmes. La baisse des revenus tarifaires peut entraîner des réductions des dépenses sociales, ce qui risque d'affecter davantage les femmes que les hommes.

Les négociations ont été terminées en août 2019, mais le texte de l'accord n'a pas encore été publié. Alliance Sud demande au Parlement d'exiger une étude d'impact ex ante sur les droits humains avant de se prononcer pour ou contre la ratification. IA

31. Januar

OECD-Konzernsteuerreform

Das Steuersekretariat der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) informierte Ende Januar über den Stand der Verhandlungen zwischen 134 Staaten zu neuen globalen Konzernsteuerregeln. Die Erwartungen waren hoch: Eine global verbindliche Mindestbesteuerung für multinationale Konzerne und eine Umverteilung der Konzerngewinne weg von den Ländern, in denen diese ihre Hauptsitze haben, hin zu den Absatzmärkten, hatte die OECD ein paar Monate zuvor als Ziel dieser Verhandlungen ausgegeben.

Mit dem heutigen System verlieren Entwicklungsländer jährlich hunderte Milliarden Dollar an Gewinnsteuereinnahmen. Gemäss Berechnungen der «Economists without borders» um Berkeley-Professor Gabriel Zucman resultieren 28 % der Schweizer Konzernsteuereinnahmen aus Gewinnverschiebungen.

Heute wird nicht dort versteuert, wo effektiv produziert und verkauft wird, sondern dort, wo die Steuern am tiefsten sind. Eine der grossen Profiteurinnen dieses Systems ist auch die Schweiz. Obwohl sie auch bei einer Einführung der Reformvorschläge kaum massive Steuereinnahmen müsste, zeigt der Bundesrat bisher wenig Sympathie: Er möchte einen globalen Mindeststeuersatz entweder ganz verhindern oder ihn sehr weit unter dem aktuellen globalen Durchschnitt ansetzen. Dieser liegt knapp unter 25 %.

Mit dieser Position ist die Schweiz leider nicht allein. So darf für den Abschluss der Verhandlungen, die noch bis in diesem Juni andauern, nicht mehr viel erwartet werden. An der massiven Benachteiligung der Länder des Südens im globalen Konzernsteuersystem wird aller Voraussicht nach auch diese OECD-Reform kaum etwas ändern. Umso mehr steht in den nächsten Jahren die Schweiz in der Pflicht, ihre Tiefsteuerstrategie für multinationale Konzerne, mit der sie vielen Entwicklungsländern massiv schadet, von sich

aus zu revidieren. Tut sie das nicht, wird sie die entsprechenden Ziele der Agenda 2030 verpassen. DG

19. Februar

Strategie der internationalen Zusammenarbeit 2021–2024

Am 19. Februar verabschiedete der Bundesrat seine Botschaft zur Strategie der internationalen Zusammenarbeit (IZA) für die Jahre 2021–2024 zuhanden des Parlaments. Alliance Sud kritisierte vor allem die Unschärfen in Sachen verstärkter Kooperation mit dem Privatsektor. In der Strategie wird weder erklärt, mit welchen privaten Akteuren diese Zusammenarbeit erfolgen soll, noch unter welchen Kriterien oder zu welchem Zweck. Gleichzeitig bemängelte Alliance Sud auch den nach wie vor zu tiefen Mitteleinsatz für die IZA. Mit 11,25 Milliarden Franken (über vier Jahre verteilt) steuert die Schweiz eine durchschnittliche APD-Quote von 0,46 % an und liegt damit nach wie vor weit unter den international mehrfach als Zielwert bestätigten 0,7 % des BNE.

Alliance Sud wurde zu einer Anhörung in die aussenpolitische Kommission (APK) des Nationalrats eingeladen und war mit ihrer Kritik auch in den Medien stark präsent. Die hohe mediale Aufmerksamkeit sowie mehrere parlamentarische Anfragen trugen dazu bei, dass die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) im Frühjahr ankündigte, bis Ende Jahr klare Kriterien für die zukünftige Zusammenarbeit mit dem Privatsektor zu erarbeiten. Für die Erhöhung der Entwicklungsausgaben auf 0,7 % des BNE setzte sich auch im Parlament eine breite Koalition (bestehend aus Grünen, SP, EVP und GLP) ein; in der APK des Nationalrats fand sich schliesslich eine Mehrheit für eine Aufstockung auf 0,5 % des BNE.

Auch wenn am Ende alle Erhöhungsanträge in den Räten scheiterten, ist es dennoch beachtlich, dass mitten in der Coronakrise, welche auch in der Schweiz zu grossen wirtschaftlichen Einbussen führte, Kürzungsanträge bei der IZA einzig von der SVP unterstützt wurden und schluss-

endlich das vorgesehene Budget von 11,25 Milliarden CHF von einer klaren Mehrheit angenommen wurde. *KL*

14. April

Eine globale Krise braucht globale Solidarität

Am 14. April publizierte Alliance Sud ein vielbeachtetes Briefing zur globalen Coronakrise und deren Auswirkungen in den Ländern des Südens. Das Papier zeigt auf, wie die Coronakrise dazu beiträgt, die globale Ungleichheit zu verschärfen. Die ärmsten Menschen, welche oft im informellen Sektor arbeiten (meist ohne jegliche soziale Absicherung), leiden nicht nur wirtschaftlich am meisten unter der Krise, sondern sind oftmals auch einem höheren Infektionsrisiko ausgesetzt, da Massnahmen wie «social distancing» und regelmässiges Händewaschen in vielen Kontexten schlichtweg nicht praktikabel sind.

Im Papier werden aber auch die grossen strukturellen Fragen angesprochen – die globalen Handelsverflechtungen, die durch die Coronakrise abrupt unterbrochen wurden und über Nacht hunderttausende von Menschen arbeitslos machten; die rekordhohe Verschuldung vieler Entwicklungsländer sowie die Rolle des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank. Beide Institutionen spielten sich in der Krise als Retter auf, obwohl sie – durch ihre Kredite und die daran geknüpften Bedingungen – dazu beigetragen hatten, dass die Gesundheitssysteme in vielen Ländern unterfinanziert und unvorbereitet waren, unter anderem weil soziale Absicherungssysteme fehlten.

Alliance Sud forderte die Schweiz auf, zur Bewältigung der Krise in den ärmeren Ländern beizutragen, indem sie a) ihre Entwicklungsausgaben auf die international vereinbarten 0,7% des BNE erhöht; b) sich dafür einsetzt, dass alle national und international gesprochenen Hilfsgelder sozial und ökologisch sinnvoll eingesetzt werden; c) steuerpolitische Schritte einleitet, um die Transparenz der Schweizer Finanz- und Konzernzentren zu erhöhen und es so den Steuerbehörden in Entwicklungsländern zu ermöglichen, Steuer-

flucht in die Schweiz zu eruieren, zu unterbinden und dringend benötigte Eigenmittel zu generieren; und d) dass sie sich beim IWF, in der Weltbank und im Pariser Club für einen Schuldenerlass für die ärmsten Länder einsetzt. *KL*

6 mai

L'économie intégrale dans la Svizzera italiana

L'Encyclique « Laudato Sì » du Pape François, publiée il y a 5 ans, est encore source d'inspiration et d'espérance pour l'avenir : elle introduit le concept d'économie intégrale où la protection de l'environnement, la justice sociale et l'économie sont inséparables. C'est dans cette vision que l'« Economia civile » lancée par l'économiste Stefano Zamagni incarne un modèle de développement inclusif, participatif et durable, remettant le bien commun et la personne au centre de la vie des entreprises et s'opposant aux idées dominantes libérales.

Un cycle de soirées publiques « Economia e ambiente » a été initié par l'« Osservatore Democratico » en lien avec des associations, dont Alliance Sud, depuis toujours sensibles aux courants humanistes. Celles-ci ont promu des discussions sur des thèmes actuels tels que les formes très variées d'économie et de politique internationale. La rencontre finale s'est tenue avec le Prof. Joseph Deiss (ancien Conseiller fédéral et ancien Président de l'Assemblée générale de l'ONU) qui a proposé une réflexion sur la transition vers une économie sociale et environnementale de marché.

Ces associations ont créé la « Rete Laudato Sì » pour promouvoir le changement et réaliser un développement intégral et conscient. Le réseau a adhéré à l'initiative pour des multinationales responsables organisant un débat où l'appui du monde économique et entrepreneurial a représenté un bon début et donné espoir pour le futur. Lors du Festival « Giustizia oltre i confini » le bureau régional d'Alliance Sud à Lugano avec l'OCST (Syndicats chrétiens) a présenté une réflexion sur les inégalités et la théorie du Doughnut de Kate Raworth avec une table ronde de

témoignages de jeunes ayant participé à divers ateliers de la rencontre internationale « Economy of Francesco ». La conviction de la « Rete » est l'engagement pour un monde plus juste qui est possible seulement s'il inclut la sauvegarde des droits humains et de l'environnement. *LS*

12. Mai

Weltbank-Kapitalerhöhungen nur mit klaren Kriterien

Am 12. Mai publizierte Alliance Sud ein Positionspapier zur Weltbank und den anstehenden Kapitalerhöhungen bei der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD) sowie der Internationalen Finanz-Korporation (IFC). Kurz darauf folgte ein Factsheet zur Afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB), bei der ebenfalls Kapitalerhöhungen anstanden.

In den beiden Dokumenten erläuterte Alliance Sud die aktuelle Politik dieser Institutionen sowie die Rolle der Schweiz in deren Steuerungsgremien. So wird beispielsweise aufgezeigt, dass sowohl die Weltbank wie auch die AfDB trotz verschiedener Klimaver sprechen nach wie vor ein Entwicklungsmodell vertreten, das klar auf der Förderung von fossilen Energien aufbaut. Die von den Entwicklungsbanken geförderten Megainfrastrukturprojekte und die Förderung der industriellen Landwirtschaft gehen zudem oft einher mit Vertreibungen, Umsiedlungen und massiver Repression gegenüber der lokalen Bevölkerung. Auch setzen sich diese Institutionen für wirtschaftliche Rahmenbedingungen ein, die oftmals mit Land- und Saatgutprivatisierung, Steuervorteilen für ausländische Unternehmen und Restriktionen beim Schutz der heimischen Wirtschaft einhergehen.

Die beiden Dokumente ebenso wie die Forderung von Alliance Sud, dass die Schweiz in Zukunft ihr Mitspracherecht nutzen soll, um von den Entwicklungsbanken wichtige Reformen in den Bereichen Menschenrechte, Klimawandel und nachhaltiges Engagement des Privatsektors zu verlangen, fanden im Parlament grosse Beachtung.

So wurde die Beteiligung der Schweiz an den Kapitalerhöhungen nach mehreren Beratungen in beiden Räten an verschiedene Bedingungen geknüpft: Die Schweiz muss sich in Zukunft in den Steuerorganen der Weltbankgruppe und der AfDB unter anderem für die Einhaltung und stete Verbesserung der Umwelt- und Sozialstandards einsetzen, für die Förderung der Rechtsstaatlichkeit, die Bekämpfung des Klimawandels, die Agroökologie und die Förderung von öffentlichen Gesundheits- und Bildungssystemen. KL

4. Juni

Es braucht einen Schuldenerlass durch die Banken

Die Covid-19-Pandemie stürzte viele Länder in eine tiefe wirtschaftliche und soziale Krise. Der Ruf nach Schuldenschnitten für stark überschuldete Länder wurde deshalb im Verlauf von 2020 weltweit immer lauter. In den letzten zehn Jahren haben sich die öffentlichen Schulden jener armen Länder verdoppelt, die gemäss Weltbank in die Kategorie Entwicklungsländer fallen. Mittlerweile droht über 50 Ländern der Staatsbankrott. Das zeigt ein [neues Datenportal](#) zur Staatsverschuldung, das die britische NGO *Jubilee Debt Campaign* (JDC) 2020 lancierte. Die Gründe für die neue Schuldenkrise im globalen Süden sind vielfältig. Fallende Rohstoffpreise – vor allem beim Erdöl – und jüngst die Coronakrise gehören dazu.

Dabei wird armen Ländern ihre generell schwache Stellung im globalen Finanzsystem zum Verhängnis. Ausgerechnet jene Länder, die auch schon durch Gewinnverschiebungen multinationaler Konzerne und durch Steuerflucht reicher Privatpersonen massiv Steuereinnahmen verlieren, leiden auch unter exorbitanten Schuldenlasten. Dies geht auf Kosten der breiten Bevölkerung: Die Finanzierung öffentlicher Gesundheitsversorgungen, von Bildungsangeboten und der sozialen Sicherungssysteme wird ausgerechnet in der Coronakrise noch prekärer.

Schuldenerlasse sind dringend: In der Schweiz sind vor allem private Gläubiger gefordert. Am 4. Juni forderte Alliance

Sud deshalb gemeinsam mit zehn weiteren Schweizer NGOs den Bundesrat zur [Einberufung eines runden Tisches](#) auf, an dem über die Abschreibung von Krediten in der Höhe von 5,7 Milliarden Franken verhandelt werden soll, die Schweizer Banken an die 76 ärmsten Länder der Welt vergeben haben. Im August zeigte sich der Bundesrat in einer Antwort auf eine entsprechende Interpellation zurückhaltend gegenüber dieser Idee. Aus Kreisen der Bundesverwaltung besteht gegenwärtig aber immer noch ein gewisses Interesse an einem Dialog zu diesen Fragen. DG

9 juillet

Droit aux semences : lettre ouverte aux gouvernements de l'AELE

En Afrique, en Asie et en Amérique latine, 1,5 milliards de petits paysans sélectionnent, échangent et achètent au marché local leurs semences depuis toujours. Ils ont développé une grande diversité de cultures et de variétés, adaptées entre autres au changement climatique, et produisent 70 % de la nourriture. Or, si une législation stricte sur les semences est adoptée, ils n'ont plus le droit de le faire. Ils sont obligés d'acheter les graines au prix fort auprès des grands producteurs, ce qui entraîne une dépendance, voire l'endettement.

Car sous prétexte de moderniser le secteur, de plus en plus de pays adoptent des législations strictes sur la protection des obtentions végétales pour garantir le monopole aux sélectionneurs de semences – la plupart du temps des multinationales. Monsanto, DuPont et la bâloise Syngenta produisent désormais plus de 50 % des semences commercialisées dans le monde. Ce sont aussi les plus grands producteurs de pesticides et promoteurs de l'agriculture industrielle. Or, selon la FAO, celle-ci est responsable de la disparition de 75 % des espèces végétales au cours du siècle dernier.

La Suisse demande aux pays en développement avec lesquels elle négocie des accords de libre-échange d'adopter une législation stricte sur la protection des semences répondant aux exigen-

ces de la Convention pour la protection des obtentions végétales (UPOV 91), ce qui limite sévèrement le droit aux semences des petits paysans.

Le 9 juillet, la Coalition suisse sur le droit aux semences, dont Alliance Sud est membre, a écrit une [lettre ouverte](#) aux ministères concernés de Suisse, Norvège et Liechtenstein, leur demandant de renoncer à exiger des pays en développement avec lesquels ils négocient des accords de libre-échange d'adopter une législation stricte conforme à UPOV 91. L'accord de libre-échange avec l'Indonésie, ratifié fin 2020 par le Parlement, demande à ce pays d'appliquer « toutes les dispositions essentielles de l'UPOV 91 ». Dans l'accord avec la Malaisie, toujours en cours de négociation, la Coalition demande à la Suisse de renoncer à ces exigences. IA

25. September

Fünf Jahre Agenda 2030

Am 25. September 2020 war es genau fünf Jahre her, seit die internationale Staatengemeinschaft am New Yorker Hauptsitz der UNO die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung verabschiedet hatte. Grund zum Feiern? Nur bedingt... Die Agenda 2030 ist eine der wichtigsten weltpolitischen Errungenschaften der jüngsten Vergangenheit. Sie weist den Weg in eine Welt in Frieden, in der niemand Hunger leiden muss, die Ökosysteme an Land und im Wasser geschützt sind und Konsum und Produktion die planetaren Grenzen nicht überschreiten. Soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliches Wohlergehen und ökologische Nachhaltigkeit sind die Grundpfeiler, auf denen diese zukunftsfähige Welt aufgebaut sein soll.

Nur: Bei der Umsetzung ihrer siebzehn Ziele für eine nachhaltige Entwicklung, den Sustainable Development Goals (SDGs), hapert es. Und auch die Schweiz spielt dabei eine unrühmliche Rolle. Der Bundesrat hätte eigentlich bereits im August 2020 eine nationale Umsetzungsstrategie zur Agenda 2030, eine Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030 (SNE 2030), sowie einen dazugehörigen Aktionsplan verabschiedet

haben wollen. In Tat und Wahrheit war er jedoch von einer solchen Strategie noch meilenweit entfernt. Die zivilgesellschaftliche Plattform Agenda 2030, in der sich Alliance Sud aktiv mitteilt, forderte ihn zum fünfjährigen Jubiläum der Agenda 2030 deshalb mit einem öffentlichen Appell dazu auf, endlich einen ambitionierten Umsetzungsplan vorzulegen. Tatsächlich schickte der Bundesrat dann im November einen Entwurf zur SNE 2030 in die Vernehmlassung. Alliance Sud kritisierte den Entwurf in ihrer **Stellungnahme** als deutlich zu unverbindlich, zu vage und zu wenig ambitioniert. Nun ist es am Bundesrat, für die dringenden Verbesserungen zu sorgen. MH

25. September

Parlament legt Grundstein für verursachergerechte Klimafinanzierung

Nach jahrelanger Verzögerung und zwischenzeitlicher Bruchlandung im Nationalrat verabschiedete das Parlament in der Schlussabstimmung vom 25. September endlich die Totalrevision des CO₂-Gesetzes. Auf Drängen der vereinten Schweizer Zivilgesellschaft und nicht zuletzt im Sog der neu aufkeimenden Klimastreikbewegung brachte der Ständerat zwischenzeitlich neue Ansätze ein. Insbesondere punkto globaler Klimagerechtigkeit gingen einige Vorschläge deutlich über die ursprüngliche Vorlage des Bundesrates hinaus.

Mitunter fanden auch jahrelange Forderungen von Alliance Sud Eingang in die Schweizer Klimapolitik: Zum einen wollte das Parlament nun endlich auch Massnahmen zur Verringerung des Klimafussabdrucks der Schweiz ausserhalb der Landesgrenzen in Angriff nehmen. Zum anderen wurde ein neuer Klimafonds in die Vorlage aufgenommen, in dem die Einnahmen aus der CO₂- und der neuen Flugticketabgabe sowie aus verschiedenen Straf- und sonstigen Zahlungen gebündelt werden sollten. Mit diesen würde der Bund Massnahmen zur Senkung von Treibhausgasen sowie «zur Vermeidung von Schäden an Personen und Sachen [infolge] der erhöhten Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre» finanzieren.

Dank beharrlichem Lobbying von Alliance Sud wären damit im Prinzip auch dringende Massnahmen in Entwicklungsländern finanzierbar. Zum ersten Mal stünden verursachergerechte, das heisst bei den Verantwortlichen für Treibhausgas-Emissionen erhobene Mittel zur Verfügung, die auch für internationale Klimafinanzierung eingesetzt werden könnten.

Sollte es den GegnerInnen der Vorlage, welche das Referendum ergriffen haben, gelingen, das Gesetz zu Fall zu bringen, würde dies die Schweizer Klimapolitik erneut um Jahre zurückwerfen. JS

1^{er} octobre

Des fonds privés pour la coopération internationale

Dans sa Stratégie de coopération internationale 2021–2024, le Conseil fédéral s'est engagé à diversifier et renforcer les collaborations avec le secteur privé en faveur du développement durable et à tester de nouveaux modèles de financement durable. Dans un **papier de position**, Alliance Sud a analysé le potentiel, les limites et les risques de cette approche et des divers instruments de la finance mixte (*blended finance*).

Dans ses conclusions et recommandations, Alliance Sud rappelle que, en termes de financement de l'Agenda 2030, la mobilisation des ressources publiques propres des pays en développement doit être une priorité en vue d'assurer le financement de l'Agenda 2030 de développement durable ; à cet égard, la lutte contre les flux financiers illicites est incontournable. En ce qui concerne le développement du secteur privé, la priorité doit être accordée au développement des entreprises locales, en particulier des petites et moyennes entreprises (PME), ainsi que des marchés financiers nationaux. Le recours aux financements mixtes et aux partenariats entre acteurs publics de la coopération au développement et entreprises privées n'équivaut qu'à un moyen parmi d'autres de contribuer à atteindre les Objectifs de développement durable. LM

12 novembre

Libre-échange avec la Chine : nouvel avis de droit

Dans le Xinjiang, une province du nord-ouest de la Chine à majorité musulmane, le gouvernement chinois a fait construire des camps de travail où croupissent 1 à 3 millions d'Ouïghours, soumis entre autres aux mauvais traitements, au travail forcé, aussi bien dans les camps qu'à l'extérieur.

La plateforme Chine, dont Alliance Sud est membre, a confié au professeur émérite Thomas Cottier un avis de droit qui arrive à la conclusion que l'accord de libre-échange (ALE) avec la Chine ne permet pas à la Suisse d'exclure des préférences tarifaires l'importation de produits issus du travail forcé. Et que les chances d'ajuster le traité pour qu'il protège les droits humains sont minces. Quant à l'accord de coopération en matière de travail, que le Conseil fédéral met toujours en avant et qui est entré en vigueur avec l'ALE, il n'offre pas de solution en cas de travail forcé systématique.

L'avis de droit recommande donc à la Suisse d'ancrer à l'avenir sa politique des droits humains dans le droit de l'économie extérieure. À cette fin, il préconise l'adoption d'une nouvelle loi sur l'économie extérieure qui, dans le cadre d'un processus démocratique, définisse les conditions de négociation des accords internationaux. Thomas Cottier confirme ainsi les craintes qu'Alliance Sud, la Société pour les peuples menacés et Public Eye avaient exprimées avant même la conclusion de l'accord de libre-échange avec la Chine. La devise du Conseil fédéral – « le changement par le commerce » – est considérée depuis longtemps comme obsolète dans le cas de ce pays. Il est impératif que la Suisse place la protection des droits humains et de ses propres valeurs au centre de ses relations avec la Chine et de ses relations économiques extérieures tout court.

Le Secrétariat d'État à l'économie (SECO) affirme que la Suisse ne dispose pas des bases légales nécessaires pour adopter des sanctions ou empêcher l'importation de produits issus du travail forcé. Il laisse au secteur privé le soin de s'assurer que tel n'est pas le cas,

ce qui est tout à fait insuffisant. Pour Alliance Sud, le moment est venu d'adopter une nouvelle loi qui lie économie extérieure et droits humains. IA

29 novembre

Votation sur l'Initiative pour des multinationales responsables

Déposée en octobre 2016, l'initiative pour des multinationales responsables a été soumise au vote populaire le 29 novembre 2020. La campagne de votation a été d'une intensité rare et a fait l'objet d'une mobilisation très large au sein de la population, portée par une coalition de plus de 130 organisations de la société civile, au sein de laquelle Alliance Sud a joué un rôle moteur. Au-delà des ONG, un comité de personnalités issues des partis bourgeois, un comité regroupant plusieurs centaines d'entrepreneurs, ainsi qu'une implication des Eglises ont contribué à la mobilisation de voix auprès d'un large éventail de la population suisse qui a soutenu, dans un vote historique, l'initiative. Malheureusement elle a été rejetée, n'obtenant pas la majorité du vote des cantons.

La Suisse romande était pourtant largement favorable à l'initiative comme la Suisse italienne où les sensibilités aux droits humains et à la protection de l'environnement se sont accrues avec la campagne de votation. Il existe ainsi un mouvement de personnes impliquées et incarnant leur responsabilité. A relever non seulement l'engagement des ONG mais aussi de personnes phares et motivées qui au sein de leur milieu ont influencé l'évolution du débat, le tout porté grâce au fort charisme au gouvernail, Dick Marty, co-président du comité d'initiative. Si la très bonne coordination des divers acteurs a permis d'organiser dans tout le canton du Tessin de nombreuses soirées publiques très bien fréquentées, elle a aussi permis de développer un débat public au sein des médias et une collaboration au-delà des barrières classiques. Entrepreneurs, politiciens/-ciennes, juristes et citoyens/-yennes ont donné des témoignages forts et convaincants, avec parmi eux le président du PDC tessinois. LM/LS

30. November

Zahnloser Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative

Die Gletscher-Initiative, die den vollständigen Ausstieg der Schweiz aus fossilen Energieträgern bis spätestens 2050 fordert, trägt direkt zur Eindämmung der negativen Auswirkungen der Klimakrise auf Länder des globalen Südens bei. Auch wird die rasche, vollständige Dekarbonisierung der Schweizer Gesellschaft positive Signale aussenden und die Umstellung des Energie-, Industrie- und Konsumsektors auch jenseits der Landesgrenzen positiv beeinflussen. Dies hätte insgesamt einen wirkungsvollen Effekt auf Entwicklungsländer, sofern die neuen Risiken – wie beispielsweise im Zusammenhang mit der zunehmenden Förderung von Lithium und anderen seltenen Erden – in Schach gehalten werden.

Alliance Sud stellt sich deshalb aktiv hinter das Volksbegehren, dessen Kernanliegen mit dem zahnlosen Gegenvorschlag des Bundesrats deutlich abgeschwächt würde. In ihrer Vernehmlassungseingabe zum indirekten Gegenvorschlag stellt Alliance Sud fest, dass der Bundesrat sein eigenes Ziel, bis spätestens 2050 Klimaneutralität zu erreichen, verfehlen wird. Alliance Sud fordert einen ambitionierteren Gegenvorschlag, der insbesondere auch einen entwicklungspolitisch zentralen Aspekt des Pariser Klimaabkommens aufnimmt: Die Schweiz verpflichtete sich 2015, zusammen mit allen hoch-industrialisierten Ländern, die Meistbetroffenen der (grösstenteils nicht selbst verschuldeten) Klimaveränderung im globalen Süden angemessen finanziell zu unterstützen.

Alliance Sud fordert den Bundesrat dazu auf, einen indirekten Gegenvorschlag mit entsprechendem Passus vorzulegen oder den direkten Gegenvorschlag um eine entsprechende Regelung zur Bereitstellung von ausreichender, neuer und zusätzlicher Klimafinanzierung zu ergänzen. JS

Die politischen Dossiers von Alliance Sud

Agenda 2030: Umsetzung der 2015 vereinbarten Ziele für nachhaltige Entwicklung in der Schweiz und durch die Schweiz.

Entwicklungszusammenarbeit: Politik der staatlichen Entwicklungsagenturen DEZA und SECO in und gegenüber den Entwicklungsländern sowie konzeptionelle, inhaltliche und finanzielle Ausgestaltung der Entwicklungszusammenarbeit.

Handelsbeziehungen: Politik der Schweiz in der Welthandelsorganisation WTO und der Europäischen Freihandelszone Efta sowie bilaterale Handelsbeziehungen und Investitionsschutzabkommen.

Umwelt und Klima: nationale und internationale Umwelt- und Klimapolitik der Schweiz.

Internationale Finanzen: Politik der Schweiz in der Weltbank, den regionalen Entwicklungsbanken, dem Internationalen Währungsfonds sowie weiteren internationalen Gremien zur Regulierung der Finanzmärkte.

Finanzplatz Schweiz: Geldwäscherei, Potentaten- und Fluchtgelder sowie internationale Steuerpolitik der Schweiz.

Unternehmen und Menschenrechte: Bemühungen der Schweiz, Konzerne auf Menschenrechte und Umweltstandards zu verpflichten.

Weitere und detaillierte Informationen zu den Aktivitäten von Alliance Sud finden Sie unter www.alliancesud.ch.

Vous trouvez des informations complémentaires et détaillées sur www.alliancesud.ch.

Alliance Sud InfoDoc, avec ses centres de documentation à Berne et à Lausanne, met à disposition de tout public intéressé une information sélectionnée et classée par thème et par pays, sur place et en ligne. InfoDoc organise également des événements publics : conférences, débats, expositions. [Pierre Flatt](#)

L'épidémie accélère la transition numérique

Le 13 février, à Lausanne, InfoDoc recevait un jeune réalisateur suisse qui venait présenter un court-métrage réalisé dans la banlieue de Dakar. « Mboloy moy dole! – L'union fait la force! » raconte l'histoire d'un mouvement citoyen issu des quartiers précaires de la capitale du Sénégal.

Le 5 mars suivant, soit une dizaine de jours avant le début du premier confinement, InfoDoc recevait Johan Rochel. Il s'est appuyé sur son expérience dans le cadre de la Constituante vaudoise et plus particulièrement du mouvement Appel citoyen pour interroger le rôle de la société civile aujourd'hui.

A Berne, InfoDoc inaugurait un nouveau format d'animation avec son événement « Stadtrundgang: Bern politisch » (visite guidée) qui a remporté un beau succès et qui va sans doute servir de modèle pour des animations futures.

Même si à Berne comme à Lausanne une majeure partie des événements prévus dans le cadre des programmes d'animation a dû être annulée, certaines conférences ont pu être virtualisées. Ainsi, la conférence de Carole Villiger sur le thème « Société civile et violence » a été transformée en débat en ligne avec la participation d'Alexia Rossé (Laboratoire de transition intérieure, Pain pour le prochain), de Paul Castelain (étudiant EPFL et activiste du climat) et de Mathilde Marendaz (élue Verte).

La détérioration de la situation à l'approche de la fin de l'année a également poussé InfoDoc à « virtualiser » la conférence de Mariana Groba Gomes d'Helvetas. Elle s'est exprimée sur les défis posés aux projets de coopération dans les pays autoritaires et plus particulièrement sur la situation des femmes dans ce contexte. La conférence a été enregistrée, montée et diffusée sur Internet.

Coupures de presse et bibliothèque

Entamée fin 2019, la transition du papier vers l'électronique se poursuit. Une première rencontre en ligne a donné les premières clés du logiciel qui va accompagner cette transformation. Cette introduction au nouvel outil a permis aux documentalistes d'en explorer les différentes fonctionnalités et de collaborer au paramétrage du logiciel.

En 2020, InfoDoc Berne a complètement repensé sa politique d'acquisition. Cela fait suite à l'important travail de « désherbage » de la bibliothèque. Des présentations plus dynamiques, plus de nouveautés et de documents grand public seront désormais disponibles. En outre, l'équipe de Berne inaugurait un nouveau compte Instagram au nom d'InfoDoc. Plusieurs publications ont été mises en ligne.

« Sur les pavés, la rage ! »

Malgré la situation sanitaire, le projet de concours / exposition sur la société civile avec l'Ecole de design et haute école d'art du Valais (édhéma) a pu être maintenu. La fermeture des écoles a

compliqué les échanges mais le projet a néanmoins pu être mené à son terme. La détérioration de la situation sanitaire qui a conduit les autorités à réintroduire des restrictions en automne a empêché InfoDoc de recevoir des classes dans ses locaux autour de l'exposition. Plusieurs enseignant-e-s ont néanmoins confirmé leur souhait de maintenir un échange sur le sujet de l'exposition au printemps 2021.

InfoDoc a profité de l'été pour mandater un enseignant pour réaliser un document pédagogique autour de l'exposition. L'expérience des années précédentes a montré que les enseignant-e-s étaient très friands de tels outils.

Partenariats

Comme chaque année, InfoDoc est intervenue dans le cadre du Forum Horizon organisé par l'Université de Lausanne et l'EPFL pour présenter la profession de documentaliste.

Au début de l'automne, InfoDoc a été sollicitée par la Haute Ecole de travail social à Fribourg. Outre la présentation d'Alliance Sud et de son travail auprès des étudiant-e-s, les documentalistes ont organisé un jeu de rôle en rejouant le procès des activistes du climat vs Credit Suisse. Cela a permis de confronter les différents points de vue et de montrer la complexité d'une telle situation.

Réseaux professionnels

Le Réseau suisse des centres de documentation spécialisés dans le développement (NEDS) a été dissous en 2020. D'association formelle, celui-ci s'est transformé en réseau informel. L'idée est de maintenir le réseau vivant en organisant périodiquement une journée de réflexion thématique ou une visite d'institution.

En 2020, Alliance Sud InfoDoc a poursuivi son engagement actif au sein du Comité de Bibliosuisse (vice-présidence), l'association suisse des bibliothèques et des bibliothécaires, où elle est la seule organisation qui représente les centres de documentation. En retour, le travail auprès de l'association permet de faire connaître InfoDoc en Suisse et de développer son inscription dans les réseaux professionnels. A côté du travail au sein du Comité, InfoDoc co-dirige la Commission Biblio2030, qui cherche à valoriser et augmenter le rôle des bibliothèques pour un développement durable au sens de l'agenda 2030. Malgré la situation sanitaire, l'association et la Commission ont pu mener à bien presque tous leurs projets, moyennant quelques ajustements ou ajournements.

Alliance Sud InfoDoc en quelques chiffres

La pandémie a pesé lourd dans les résultats de l'année 2020. Outre les deux fermetures complètes durant quelques mois au printemps puis en automne / hiver, le reste de l'année s'est déroulée avec les limitations de fréquentation imposées par les autorités.

- En 2020, les services ont été présentés à 189 personnes (diminution de plus de 70 % par rapport à 2019).
- 416 personnes ont utilisé les services d'InfoDoc sur place (baisse d'un tiers environ).
- Les documentalistes ont répondu à 98 demandes de recherche écrites.
- 1 456 services de presse ont été livrés en 2020 (en légère augmentation).
- Dans le cadre des services de presse, 15 000 articles environ ont été fournis à la DDC durant l'année.
- 10 570 articles ont été classés dans les archives papier.
- En 2020, 4 infographies ont été créées pour *global* : Espace civique mondial, Santé, Multinationales responsables, Objectifs de développement durable. Ces infographies ont été systématiquement publiées en allemand et en français et animées.
- 8 vidéos ont été produites, certaines en amont de conférences. Plusieurs conférences ont été enregistrées puis montées et mis en ligne.
- 200 000 pages du site d'Alliance Sud ont été consultées en 2020, soit environ 550 pages par jour.

«global»

Mit der Zeitschrift «global» informiert Alliance Sud viermal jährlich über ihre Aktivitäten, kommentiert und analysiert die schweizerische Entwicklungspolitik und behandelt generell Fragen der Globalisierung und der Nord/Süd-Politik. Im Jahr 2020 waren die vier Ausgaben des Magazins u. a. folgenden Themen gewidmet:



#77 Frühling: Globalisierte Tomaten aus Xinjiang – Big Business und die SDGs – Der Green New Deal nach Ann Pettifor – Die Gender-Strategie der Weltbank – Die Belt-and-Road-Initiative in Myanmar – Klimafinanzierung mit Entwicklungsgeldern.



#78 Sommer: Die Pandemie und die Klimakrise – Coronakrise erfordert Schuldenerlass durch Banken – Braucht es einen Rückbau der Globalisierung? – Verantwortungsvolles Unternehmertum jetzt! – Neoliberales Entwicklungsmodell am Ende – Statements aus dem Süden zur Corona-Pandemie.



#79 Herbst: Ja zur Konzernverantwortung! – Interview mit der neuen Deza-Direktorin Patricia Danzi – Arbeitsrechte und Menschenrechte – Multis und Corona – Extreme Armut lässt sich nicht messen – Kleine Schritte zu mehr Steuertransparenz – Eine kohärente Klima(aussen)politik tut not.



#80 Winter: Was bedeutet der Begriff Nachhaltigkeit? – Strategie nachhaltige Entwicklung des Bundesrats – Corona-Nebenwirkungen in Nigeria – Das CO₂-Gesetz ist besser als nichts – *Blended Finance*: die grosse Blendung?

Nachdem Alliance Sud ihr Magazin im Vorjahr gestalterisch generalüberholt und einen Pilotversuch mit einem neuen Finanzierungsmodell gestartet hatte, galt es 2020 Bilanz zu ziehen. Diese fiel rundum positiv aus. Seit Alliance Sud auf fixe Abonnementsbeträge auf freiwillige Unterstützung setzt, ist die Anzahl der Einzelabonnemente um zwanzig Prozent angestiegen. Alliance Sud wertet dies als Zeichen der Wertschätzung ihrer Arbeit.

«global» erscheint in Deutsch und Französisch als Print- und Onlineversion. KS

ALLIANCE SUD 2020 IN ZAHLEN

Bilanz per 31.12.2020

		2020		Vorjahr		Abweichung
		CHF	%	CHF	%	CHF
Aktiven						
Flüssige Mittel und Wertschriften	1	1 673 450.16		2 071 820.72		-398 370.56
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		263 469.04		39 772.61		223 696.43
Vorräte		-		-		-
Aktive Rechnungsabgrenzung		75 165.65		54 772.25		20 393.40
Umlaufvermögen		2 012 084.85	91,02 %	2 166 365.53	90,81 %	-154 280.73
Sachanlagen		63 148.57		84 220.69		-21 072.12
Finanzanlagen		-		-		-
Anlagevermögen		63 148.57	-	84 220.69	3,53 %	-21 072.12
Zweckgebundene Finanzanlagen	2	135 250.25		134 980.30		269.95
Zweckgebundenes Anlagevermögen		135 250.25	6,12 %	134 980.30	5,66 %	269.95
Total Aktiven		2 210 483.67	97,14 %	2 385 566.57	100,00 %	-175 082.90
Passiven						
Übrige kurzfristige Verbindlichkeiten		44 308.45		89 083.63		-44 775.18
Passive Rechnungsabgrenzung		100 625.05		135 495.07		-34 870.02
Kurzfristiges Fremdkapital		144 933.50	6,56 %	224 578.70	9,41 %	-79 645.20
Rückstellungen	3	192 280.21		334 859.24		-142 579.03
Langfristiges Fremdkapital		192 280.21	8,70 %	334 859.24	14,04 %	-142 579.03
Fonds mit eingeschränkter Zweckbindung		4 849.18		28 623.98		-23 774.80
Fondskapital		4 849.18	0,22 %	28 623.98	1,20 %	-23 774.80
Fremdkapital (inkl. zweckgebundene Fonds)		342 062.89	15,47 %	588 061.92	24,65 %	-245 999.03
Neubewertungsreserven		51 404.48		51 404.48		-
Erarbeitetes freies Kapital	4	1 576 972.65		1 487 115.50		89 857.15
Erarbeitetes gebundenes Kapital	5	240 043.65		258 984.67		-18 941.02
Organisationskapital		1 868 420.78	84,53 %	1 797 504.65	75,35 %	70 916.13
Total Passiven		2 210 483.67	100,00 %	2 385 566.57	100,00 %	-175 082.90

ALLIANCE SUD IN ZAHLEN

Betriebsrechnung 2020	2020		Vorjahr		Abweichung	
	CHF	%	CHF	%		CHF
Jahresbeiträge, Spenden	6	-20 950.00	0,72%	-158 681.12	4,70%	-137 731.12
Zweckgebundene Beiträge	7	-2 708 932.00	93,29%	-3 121 167.00	92,46%	-412 235.00
Aktivitäten und Verkauf		-64 995.35	2,24%	-46 319.86	1,37%	18 675.49
Übrige Erträge		-108 821.78	3,75%	-49 629.56	1,47%	59 192.22
Betriebsertrag		-2 903 699.13	100,00%	-3 375 797.54	100,00%	-472 098.41
Beiträge an Drittorganisationen	8	81 987.10		80 840.65		1 146.45
Personalaufwand		1 829 705.63		1 964 719.59		-135 013.96
Fremdleistungen		125 587.97		286 312.53		-160 724.56
Raumaufwand, Energie, Entsorgung		227 296.25		228 728.53		-1 431.86
Unterhalt Maschinen, Mobilien, Einrichtungen		5 150.30		5 059.90		90.40
Sachversicherungen, Abgaben, Gebühren		4 849.50		4 573.10		276.40
Verwaltungs- und Informatikaufwand		205 933.08		151 055.70		54 877.38
Marketing, Sonderaktionen, Öffentlichkeitsarbeit		335 654.92		446 677.19		111 022.27
Spesen, Übriger Betriebsaufwand		14 279.45		30 241.90		-15 962.45
Abschreibungen auf Anlagevermögen		21 072.12		19 836.41		1 235.71
Betriebsaufwand		2 851 516.32	-98,20%	3 218 045.08	-95,33%	-366 528.76
Betriebsergebnis		-52 182.81	1,80%	-157 752.46	4,67%	-105 569.65
Finanzergebnis		1 311.01		183.36		1 127.65
Untermieterergebnis		-64.33		-2 374.61		2 310.28
Zuweisung Rückstellungen		-		146 451.00		-146 451.00
Internes Ergebnis		-19 980.00		-19 980.00		-
Betriebsergebnis ohne Fondsergebnis		-70 916.13	2,44%	-33 472.71	0,99%	-37 443.42
Fondsrechnung						
Fondszuweisungen		-		2 182.28		-2 128.28
Fondsentnahmen		-		-		-
Fondsergebnis		-	-0,00%	2 182.28	0,06%	-2 128.28
Ergebnis vor Zuweisungen		-70 916.13	2,44%	-31 290.43	0,93%	-39 625.70
Zuweisungen an Organisationskapital		129 921.48		40 813.43		89 107.55
Zuweisung an freies Organisationskapital		89 857.15		813.93		89 043.22
Zuweisung an Fonds Erneuerung Komm.technik		40 000.00		40 000.00		-
Zuweisung an gebundenes Organisationskapital		64.33		-		64.33
Entnahmen aus Organisationskapital		-59 005.35		-9 523.50		-49 481.85
Entnahme aus freiem Organisationskapital		-		-		-
Entnahme aus Fonds Erneuerung Komm.technik		-59 005.35		-9 398.11		-49 607.24
Entnahme aus gebundenem Organisationskapital		-		-125.39		-125.39
Ergebnis nach Zuweisungen		0.00		0.00		0.00

ALLIANCE SUD IN ZAHLEN

Geldflussrechnung 2020	2020 CHF	Vorjahr CHF	Abweichung CHF
Umsatzbereich			
Ergebnis vor Zuweisungen (Fondsveränderung)	70 916.13	33 472.71	37 443.42
Veränderungen Rückstellungen	-142 579.03	155 961.53	-298 495.56
Abschreibungen	21 072.12	19 836.41	1 235.71
Cashflow	-50 590.78	209 225.65	-259 816.43
- Zunahme / + Abnahme Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-223 696.43	19 073.40	-242 769.83
- Zunahme / + Abnahme aktive Rechnungsabgrenzung	-20 393.40	-38 284.37	17 890.97
+ Zunahme / - Abnahme kurzfristige sonstige Verbindlichkeiten	-44 775.18	35 697.38	-80 472.56
+ Zunahme / - Abnahme passive Rechnungsabgrenzung	-34 870.02	59 824.27	-94 694.29
Veränderung des Nettoumlaufvermögens	-323 735.03	76 310.68	-400 045.71
Geldfluss aus Betriebstätigkeit	-374 325.81	285 536.33	-659 862.14
Investitionsbereich			
+ Verkauf / - Erwerb von Sachanlagen	-	-6 179.05	6 179.05
- Zunahme / + Abnahme zweckgebundene Wertschriftenanlage	-269.95	-269.40	-0.55
Geldfluss aus Investitionstätigkeit	-269.95	-6 448.45	6 178.50
Kapitalüberschuss / -bedarf	-374 595.76	279 087.88	-653 683.64
Finanzierungsbereich			
+ Zunahme / - Abnahme langfristiges Fremdkapital	- 23 774.80	-	-23 774.80
Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit	-23 774.80	-	-23 774.80
+ Zu- / Abnahme netto - Flüssige Mittel	-398 370.56	279 087.88	-677 458.44
Netto - Flüssige Mittel			
Netto - Flüssige Mittel am 1.1.	2 071 820.72	1 792 732.84	279 087.88
Geldfluss aus Betriebstätigkeit	-374 325.81	285 536.33	-659 862.14
Geldfluss aus Investitionstätigkeit	-269.95	-6 448.45	6 178.50
Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit	-23 774.80	-	-23 774.80
Netto - Flüssige Mittel am 31.12.	1 673 450.16	2 071 820.72	-398 370.56

ALLIANCE SUD 2020 IN ZAHLEN

Kommentar zur Jahresrechnung 2020

Die Rechnungslegung von Alliance Sud erfolgt in Übereinstimmung mit den Fachempfehlungen für gemeinnützige Organisationen (Swiss GAAP FER 21). Wir weisen darauf hin, dass die hier abgedruckte Jahresrechnung 2020 eine Zusammenfassung der weit ausführlicheren Gesamtrechnung ist. Diese wurde vom Vorstand von Alliance Sud am 7.4.2021 genehmigt und ist bei der Geschäftsstelle von Alliance Sud erhältlich.

Die Rechnung 2020 schliesst mit einem operativen Gewinn von 70 916 Franken vor Fonds- und Kapitalzuweisungen/-entnahmen ab. Dem steht ein budgetierter Gewinn von 12 360 Franken gegenüber.

Nach Zuweisung an/Entnahmen aus dem Fonds zur Erneuerung der Kommunikationstechnik (19 000 Nettoentnahme) und dem gebundenen Organisationskapital (64 Franken Untermiete-Überschuss) ergibt sich der eigentliche Überschuss von 89 857 Franken. Der budgetierten Entnahme von 3 760 Franken aus dem freien Organisationskapital stehen also 89 857 Franken Zuweisung gegenüber.

Das erarbeitete freie Organisationskapital von Alliance Sud beträgt per 31.12.2020 1,577 Millionen Franken. Das erarbeitete gebundene Organisationskapital liegt am 31.12.2020 mit rund 240 044 Franken um 19 000 Franken unter dem Vorjahreswert. Zusammen mit den Neubewertungsreserven ergibt dies ein Organisationskapital von 1,868 Millionen Franken gegenüber 1,797 Millionen Ende 2019. Die Zunahme des Organisationskapitals 2020 beträgt also 70 916 Franken.

Anmerkungen zur Jahresrechnung 2020

- 1 Die flüssigen Mittel bestehen aus Kassenbeständen, Post- und Bankguthaben sowie Wertschriften, die jederzeit verfügbar sind.
- 2 Das zweckgebundene Anlagevermögen besteht aus Arbeitgeber-Beitragsreserven bei der Pensionskasse Stiftung Abendrot.
- 3 Die Rückstellungen beinhalten Ferienguthaben des Personals aus früheren Jahren (192 280 Franken).
- 4 Das erarbeitete freie Kapital entspricht den Betriebsüberschüssen von Alliance Sud.
- 5 Das erarbeitete gebundene Kapital enthält den Fonds für Investitionen in die Kommunikationstechnik sowie die Untermiete-Abrechnung.
- 6 Ein externer Beitrag von 10 000 Franken stammt von der Stiftung Liechtensteinischer Entwicklungsdienst.
- 7 Die zweckgebundenen Beiträge stammen von:
 - den Trägerorganisationen Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas Swiss Intercooperation, Caritas und Heks (2 214 432 Franken).
 - den Partnerorganisationen Solidar Suisse, Terre des Hommes Schweiz/Suisse und Schweizerisches Rotes Kreuz (je 50 000 Franken).
 - den Mitgliedern der NGO-Plattform der Schweizer Entwicklungsorganisationen (91 500 Franken).
 - der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) an die Dokumentationszentren (InfoDoc) von Alliance Sud (250 000 Franken).
 - der Stadt Lugano an das Regionalbüro Lugano von Alliance Sud (3 000 Franken).
- 8 Mitglieder- oder Projektbeiträge flossen 2020 an folgende Organisationen und Netzwerke: Bildungskolalition NGO (12 000 Franken), Eurodad (8 168), éducation21 (50 000), Transparency International Schweiz (650), KOFF (800), MultiWatch (500), WIDE Switzerland (1 000), OECD Watch (1 097), Swiss Water Partnership (500), Climate Action Network (272), KFPE (500), NGO-Plattform Menschenrechte (2 000), Plattform Agenda 2030 (2 500) und die Klima-Allianz Schweiz (2 000).

Weitere Angaben

Entschädigung an leitende Organe: Mitglieder des Vorstands erhalten keine Entschädigung. Das Salär der Geschäftsleitungsmitglieder richtet sich nach dem Lohnreglement von Alliance Sud.

Stellenetat: Alliance Sud hatte im Jahr 2020 18 fest angestellte MitarbeiterInnen. Der Etat betrug insgesamt 12,8 Stelleneinheiten.

Leistungsbericht: Der vorliegende Jahresbericht gilt als Leistungsbericht.

Die Jahresrechnung 2020 wurde von der Revisionsfirma Lehmann AG, Bern, geprüft und als in Ordnung befunden.

Wir danken

- den Trägerorganisationen Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas Swiss Intercooperation, Caritas und Heks für ihre Mitgliederbeiträge;
- Solidar Suisse und Terre des Hommes Schweiz/Suisse sowie dem Schweizerischen Roten Kreuz (SRK) für ihre Partnerschaftsbeiträge;
- der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) für ihren Beitrag an InfoDoc, dem Liechtensteinischen Entwicklungsdienst (LED) und der Stadt Lugano für ihre Beiträge an die Aktivitäten von Alliance Sud.

Beratende Kommission für internationale Zusammenarbeit

Kristina Lanz

Kommission für Wirtschaftspolitik

Mark Herkenrath

Zollexpertenkommission

Isolda Agazzi

Kommission für Forschungspartnerschaften mit Entwicklungsländern (KFPE) der Akademie der Naturwissenschaften Schweiz

Mark Herkenrath

Eurodad / Europäisches Netzwerk zu Verschuldung und Entwicklung (Board)

Jürg Staudenmann

Global Alliance for Tax Justice

Dominik Gross

Steering Committee of the Independent Commission for the Reform of International Corporate Taxation (ICRICT)

Dominik Gross

Our World is Not for Sale (OWINFS) / Internationales Netzwerk zu Handelspolitik

Isolda Agazzi

Verbindungsgruppe WTO des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO)

Isolda Agazzi

Nationaler Kontaktpunkt der OECD-Leitlinien für multinationale Unternehmen (Beirat)

Laurent Matile

Internationales Netzwerk OECD Watch

Laurent Matile

Verein Konzernverantwortungs-Initiative (Vorstand) und Initiativkomitee

Mark Herkenrath

Klima-Allianz Schweiz

Jürg Staudenmann

Climate Action Network

Jürg Staudenmann

Climate Action Network Europe (Board)

Bernd Nilles

Zivilgesellschaftliche Plattform Agenda 2030 (Kerngruppe)

Dominik Gross

Begleitgruppe des Bundes zur Agenda 2030 und zur Begleitung der Strategie nachhaltige Entwicklung (SNE)

Mark Herkenrath

NGO-Plattform Menschenrechte

Kristina Lanz

NGO-Plattform der Schweizer Entwicklungsorganisationen (Sekretariat)

Mark Herkenrath, Kristina Lanz

Parlamentarische Gruppe Suisse – Solidarité internationale (Sekretariat)

Mark Herkenrath, Kristina Lanz

Verein real21 – Die Welt verstehen

Marco Fähndrich

Bildungscoalition NGO

Kathrin Spichiger

Netzwerk der entwicklungsbezogenen Dokumentationsstellen der Schweiz (NEDS)

Jérémie Urwyler

Informationsverbund Entwicklungspolitik (IVEP)

Jérémie Urwyler

Bibliosuisse (Vorstand)

Amélie Vallotton Preisig

Stand 1.1.2021

Herausgeberin:

Alliance Sud, Postfach, 3001 Bern
mail@alliancesud.ch, www.alliancesud.ch
Tel. 031 390 93 30
(Geschäftsstelle, Advocacy & Lobbying)
Tel. 031 390 93 37 (InfoDoc)
dokumentation@alliancesud.ch

Alliance Sud, 1, avenue de Cour, 1007 Lausanne
www.alliancesud.ch/politique
Tél. 021 612 00 95 (Advocacy et Lobbying)
lausanne@alliancesud.ch
Tél. 021 612 00 86 (InfoDoc)
documentation@alliancesud.ch

Alliance Sud, Via Moncucco 1, C.P. 516,
6903 Lugano
Tel. 091 967 38 40
lugano@alliancesud.ch
www.alliancesud.ch/politica

Social Media:

Facebook.com/alliancesud
Twitter.com/AllianceSud

Postkonto Alliance Sud: 30-36070-0

Redaktion / Koordination:

Marco Fähndrich, Kathrin Spichiger

Layout:

Bodara GmbH, Büro für Gebrauchsgrafik, Zürich

Foto Titelseite:

In Indien haben Millionen von WanderarbeiterInnen aufgrund der Pandemie ihre Arbeit verloren. Für die RückkehrerInnen gibt es auf dem Land kaum eine Zukunft. Im Bild: Ein Wanderarbeiter wartet im Mai 2020 in einer Notunterkunft am Rande von Hyderabad, um sich für eine kostenlose Zugfahrt zu registrieren.
©AP Foto/Mahesh Kumar A.